

Antrag der Fraktion der FDP**Eigeninitiative und Eigenverantwortung von Kindern und Jugendlichen stärken, Chancengerechtigkeit schaffen**

Kinder und Jugendliche leiden besonders unter Armut. Problematischer als die sozialen Unterschiede ist der Mangel an Chancengerechtigkeit, der sich oft durch die Armut ergibt. Wenn sich Armut verfestigt und sogenannte „Sozialhilfekarrieren“ entstehen, fehlt es an Aufstiegschancen.

Um Kindern und Jugendlichen gute Aufstiegschancen zu geben, ist ein Maßnahmenpaket erforderlich. Hierzu gehört eine bedarfsgerechte Höhe der Sozialleistungen ebenso wie eine hinreichende Unterstützung bei der Ausbildung eigener Fähigkeiten. Vordringlich ist dabei die Stärkung der Eigeninitiative und der gesellschaftlichen Verankerung.

Angesichts des bereits seit Monaten von den derzeitigen Regierungsparteien geführten Wahlkampfes besteht zudem die Gefahr, dass wichtige Anliegen wie die Anpassung der Regelsätze für Kinder und Jugendliche aus dem Blickfeld geraten.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der Senat wird gebeten,

1. im Bundesrat eine Gesetzesinitiative einzubringen, um Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die unter § 7 III Nr. 4 SGB II fallen, einen abzugsfreien Hinzuverdienst von 400 € monatlich zu ermöglichen.
2. sich in geeigneter Weise dafür einzusetzen, dass die Sätze für Regelleistungen für Kinder und Jugendliche nach SGB II und SGB XII noch vor der Bundestagswahl neu bemessen und dabei deren spezielle Bedürfnisse zugrunde gelegt werden.
3. der Bürgerschaft (Landtag) innerhalb eines halben Jahres über seine Aktivitäten zu 1. und 2. zu berichten.

Dr. Magnus Buhlert, Dr. Oliver Möllenstädt,
Uwe Woltemath und Fraktion der FDP